

Global denken - vor Ort handeln!*

Erklärung der GRÜNEN zur
Europawahl am 17. Juni 1984



DIE GRÜNEN!



Inhalt

Einleitung	4
Friedenspolitik	12
Umweltpolitik	15
Frauen	21
Wirtschaft und Soziales	24
Landwirtschaft	28
Entwicklungspolitik	34
Demokratie und Recht	36
Europa der Regionen	38
Zur Geschichte der GRÜNEN	40
Die wichtigsten Wahlergebnisse der GRÜNEN 1979—1984	42

Herausgeber: Bundesvorstand der GRÜNEN

Satz & Druck: Farbo-Team, Köln

Bildnachweis: Sven Simon (Titel)

Ralph Rieth (6, 36)

Argus (8, 10, 12, 14, 16, 22, 24, 28, 32, 34)

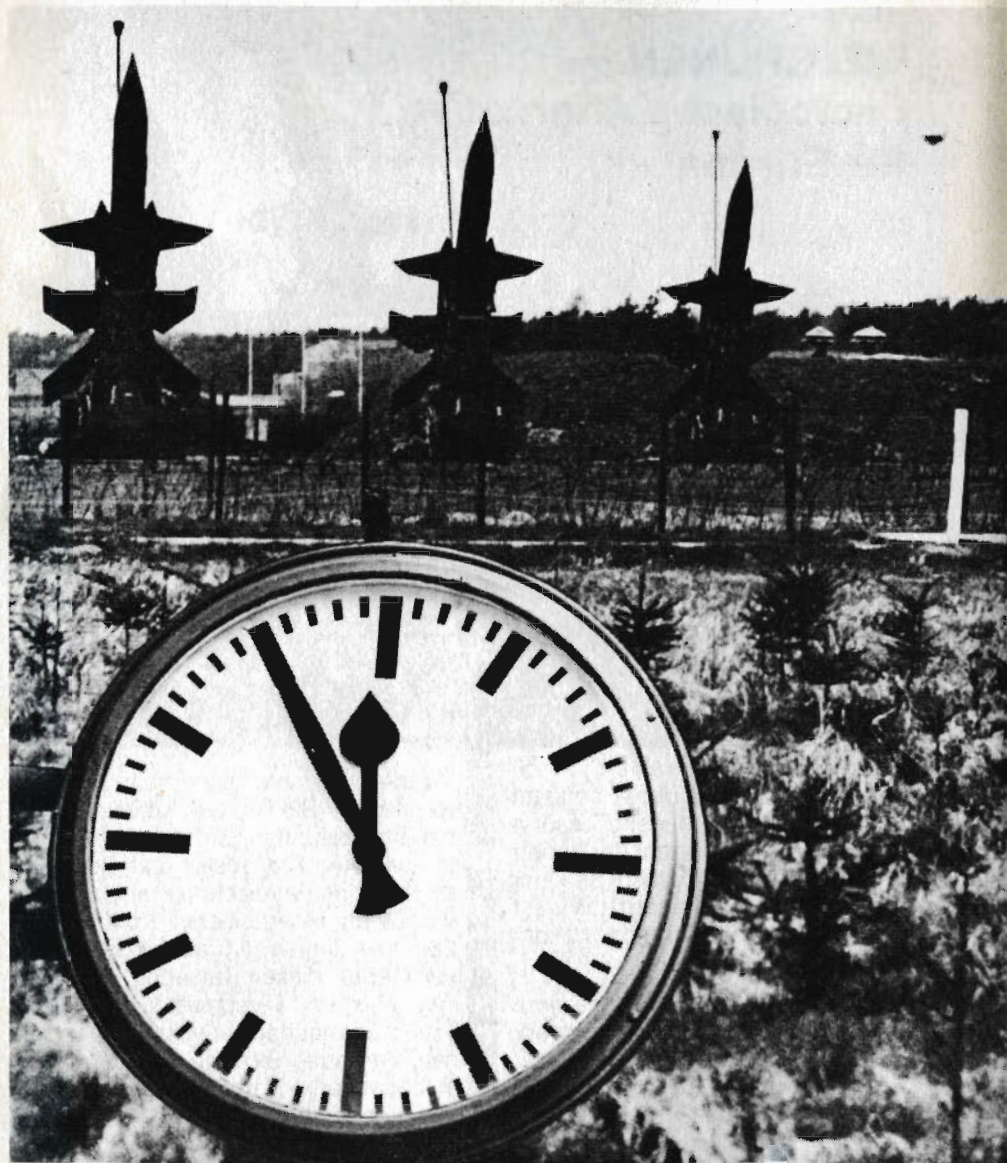
laif (4, 6, 18, 20, 26, 30)

Printed in Germany, 1984

Global denken - vor Ort handeln!

**Erklärung der GRÜNEN zur
Europawahl am 17. Juni 1984**

**Verabschiedet auf der außerordentlichen Bundesversammlung
am 3./4. März 1984 in Karlsruhe**



DIE GRÜNEN — Ökologische Alternative für Europa



Der Traum von einem friedlichen, vereinigten Europa beflügelte nach 1945 die Jugend unseres Kontinents. Doch statt der erhofften gesamteuropäischen Einigung ist es nur zu einer begrenzten westeuropäischen Integration gekommen.

Ausgangspunkt für diese Integration war die Unterordnung Westeuropas unter die politische und militärische Globalstrategie der USA in Gestalt der NATO.

Sicherlich hat innerhalb des westlichen Blocks ein Konfliktabbau stattgefunden. So besteht heute zwischen Franzosen und Deutschen keine Feindschaft mehr, und die Gefahr kriegesischer Konflikte zwischen ihnen ist ausgeschlossen. Aber dieser Tatsache steht das Faktum verschärfter politischer Spannungen zwischen den rivalisierenden Blöcken und deren militärischen Vernichtungspotentialen gegenüber.

In Brüssel ist fern von den Völkern und ihren Regionen eine aufgeblähte, kostspielige und unüberschaubare Bürokratie entstanden.

Die Schaffung der ersten europäischen Institutionen wurde trotzdem bei Vielen, besonders in Deutschland, von großen Hoffnungen begleitet. Aber auch diese wurden bitter enttäuscht. Fern von den Völkern und ihren Regionen entstand in Brüssel eine aufgeblähte, kostspielige und für die Bürger Europas undurchschaubare Bürokratie — losgelöst von jeder demokratischen Kontrolle.

Die EG-Kommission und der Ministerrat haben den zerstörerischen Kräften der Industriegesellschaft Vorschub geleistet.

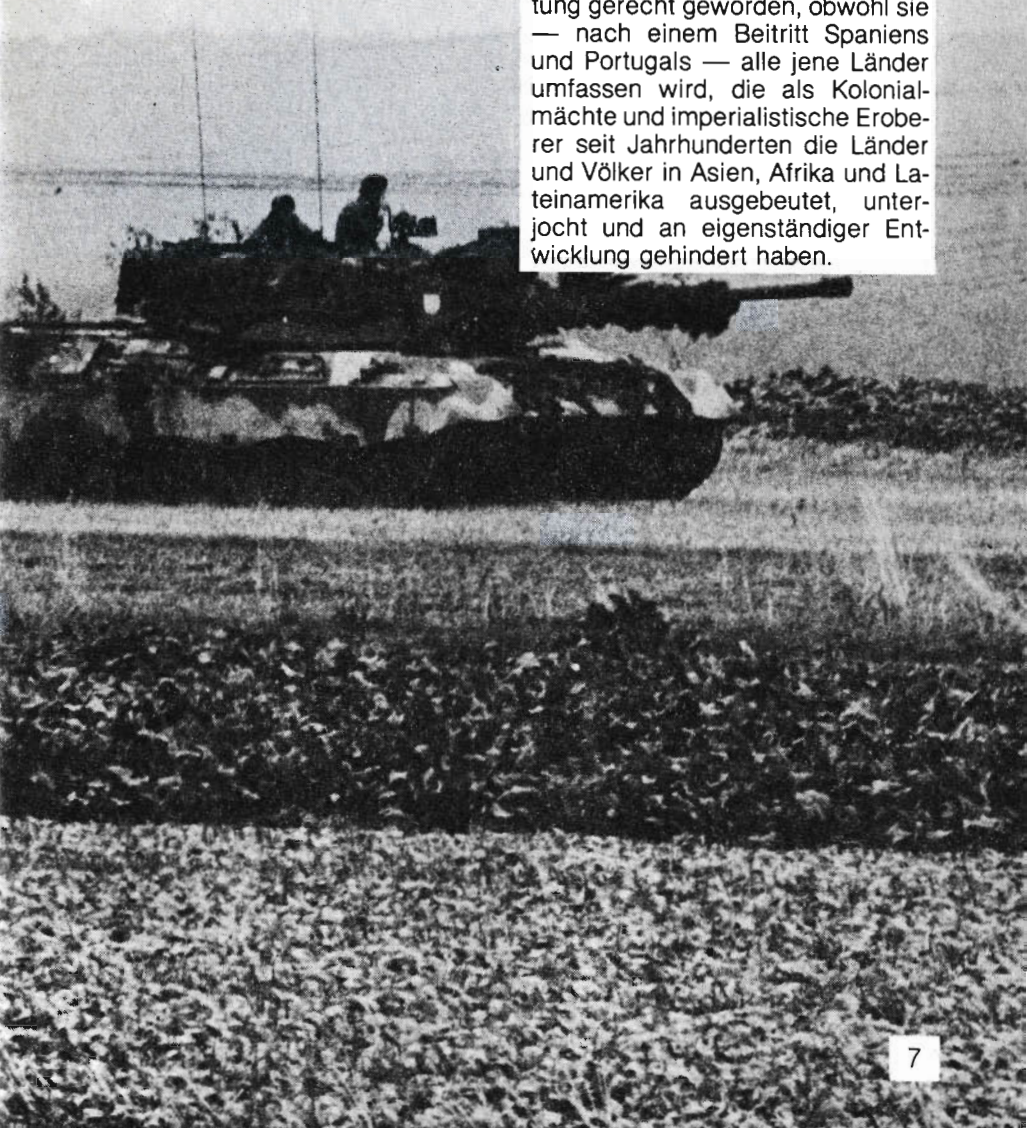
Aufbau, Regelungen und konkrete Politik der EG begünstigen das hemmungslose Profitstreben des Großkapitals und sind gegen die Interessen der menschlichen Gesellschaft, speziell der Arbeitnehmer und Verbraucher, und gegen die Interessen der Natur gerichtet. Die EG-Kommission und der Ministerrat haben den zerstörerischen Kräften der Industriegesellschaft Vorschub geleistet. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde im Gründungsvertrag zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums verpflichtet.

Die Agrarpolitik, die etwa 64 Prozent des EG-Haushaltes beansprucht, hat die Konzentration auf industrielle Agrarfabriken und Nahrungsmittelkonzerne beschleunigt und damit

- zum Ruin der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe und
- zur Schadstoffbelastung der Böden und Nahrungsmittel beigetragen.

Die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) hat im Verein mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) einer menschen- und umweltfeindlichen und zudem ruinösen Energiepolitik den Weg geebnet.

In der Außenpolitik, insbesondere in der Haltung gegenüber den Ländern der Dritten Welt, ist die EG in keiner Weise ihrer Verantwortung gerecht geworden, obwohl sie — nach einem Beitritt Spaniens und Portugals — alle jene Länder umfassen wird, die als Kolonialmächte und imperialistische Eroberer seit Jahrhunderten die Länder und Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika ausgebeutet, unterjocht und an eigenständiger Entwicklung gehindert haben.







DIE GRÜNEN sagen nein zu einer westeuropäischen Supermacht

Die Mehrheit des 1979 zum ersten Mal direkt gewählten Europäischen Parlaments (EP) hat sich bislang als Erfüllungsgehilfe dieser schädlichen Politik erwiesen, ja sich zum Vorreiter einer Militarisierung des EG aufgeschwungen, indem sie

- eine europäische Rüstungsagentur vorgeschlagen hat
- eine militärische Flottenkooperation der EG-Länder im Südatlantik fordert.

DIE GRÜNEN sind sich bei der Wahl zum Europäischen Parlament darüber im klaren, daß dieses Organ vorwiegend eine ideologische Funktion zur Belebung des sogenannten „Europagedankens“ und als Schrittmacher einer europäischen Union erfüllt, dagegen im Entscheidungsprozeß der EG eine nur untergeordnete Rolle spielt.

In den gegenwärtigen Bestrebungen der etablierten Parteien für eine Erweiterung der Kompetenzen des Europa-Parlaments sehen DIE GRÜNEN aber keinen Weg einer „Demokratisierung“ der EG, sondern den Versuch, die EG zu einer westeuropäischen Supermacht weiterzuentwickeln. Die gegenwärtigen politischen Entscheidungsstrukturen sind zur Lösung europäischer und internationaler Probleme im ökologischen und basisdemokratischen Sinne erst recht völlig ungeeignet.

DIE GRÜNEN sind Teil einer umfassenden Bewegung, welche die Europäische Gemeinschaft in ihrer jetzigen Struktur in Frage stellt.

Für die Wahlen zum Europäischen Parlament gibt es noch immer kein basisdemokratisches Wahlrecht. Unterschiedliche Barrieren im Wahlrecht der einzelnen Länder sorgen dafür, daß willkürlich gerade die politischen Kräfte vom Europaparlament ferngehalten werden, die zum Neuaufbau Europas von unten beitragen können und wollen.

Da es keine Möglichkeit zu einem Referendum über entscheidende Sachfragen europäischer Politik gibt, wird den Bürgern eine Teilnahme am politischen Leben Europas weiter erschwert. Es ist nicht überall in der EG möglich, daß Europäer an ihren Wohnorten, unabhängig von ihrer Nationalität, an den Europa-Wahlen teilnehmen. Sogar das kommunale Wahlrecht für Ausländer, in Schweden schon Wirklichkeit, fehlt innerhalb der EG.

Daher werden die grünen Abgeordneten in Straßburg, im Gegensatz zu den alten Parteien, nicht nur ihre einheimischen Wähler vertreten, sondern die Interessen aller, die von der Politik der EG betroffen sind, ohne dort repräsentiert zu sein.





**Die Verhinderung irreparabler
Schäden durch Atomkrieg oder
Naturzerstörung betrachten
DIE GRÜNEN als ihre
Hauptaufgabe**

DIE GRÜNEN sind Teil einer umfassenden Bewegung, welche die Europäische Gemeinschaft in ihrer jetzigen Struktur und in ihren Zielen in Frage stellt. Diese Bewegung ist in Regionen und Ländern aktiv. So in Finnland, Schweden, Irland, Großbritannien, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Italien, Frankreich, Spanien, Schweiz und Österreich. In Dänemark besteht eine breite Koalition von EG-Kritikern, die wir als unsere Verbündeten betrachten.

Auch in einigen osteuropäischen Ländern entwickelt sich mehr und mehr eine unabhängige Friedens- und Umweltbewegung. Gemeinsam ist all diesen Bewegungen, daß sie das Überleben von Mensch und Natur angesichts globaler Bedrohung als höchsten Leitwert ihrer Politik betrachten.

Europa ist heute gefährdet wie nie zuvor. Die Verhinderung irreparabler Schäden durch Atomkrieg oder Naturzerstörung ist Hauptaufgabe der GRÜNEN. Wir treten deshalb ein für folgende Grundlagen einer gemeinsamen grünen Europapolitik:

1

Eckpfeiler einer europäischen Friedensordnung sind Freundschaft der Völker und Volksgruppen, Gewaltfreiheit und Blockfreiheit.

Fast 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lebt Europa immer noch ohne stabile, vertraglich vereinbarte Friedensordnung.

Nach den damals weit verbreiteten Vorstellungen sollte durch die Überwindung der klassischen nationalstaatlichen Politik im Rahmen einer gesamteuropäischen Integration eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen werden, daß dieser Kontinent niemals wieder Schauplatz und Ausgangspunkt von Kriegen werden kann. Aber durch die NATO-Blockeinbindung der EG-Staaten ist ein entscheidendes Hindernis für die Entwicklung einer gesamteuropäischen Friedensordnung geschaffen worden.

Durch den gegenwärtigen weltpolitischen Vorstoß der USA in Richtung auf eine absolute militärstrategische Überlegenheit ist selbst auch noch der von Blockkonfrontation und Wettrüsten geprägte Zustand des Nicht-Krieges bedroht, wie er sich in der Periode der Entspannungspolitik vorläufig stabilisiert hatte.

Ausgangspunkt einer Friedensordnung für Europa muß der leidenschaftliche Einsatz zur Verhinderung eines dritten, atomaren Weltkrieges sein.

Wir fordern deshalb gemeinsam:

- sofortige Abrüstungsmaßnahmen;
- neue Abrüstungskonzepte, die auch kalkulierte einseitige Vorleistungen einschließen;
- ein von ABC-Waffen freies Europa;
- die sofortige Einberufung einer gesamteuropäischen Abrüstungskonferenz;
- eine europäische Abrüstungsagentur anstelle einer Rüstungsbehörde;
- die Überwindung der militärischen Blöcke;
- den sofortigen Stop von Rüstungsexporten.



Militärische Verteidigung führt unter den Bedingungen des Atomzeitalters zu Selbstvernichtung, Rassen- und Völkermord, letztendlich zur Vernichtung allen Lebens.

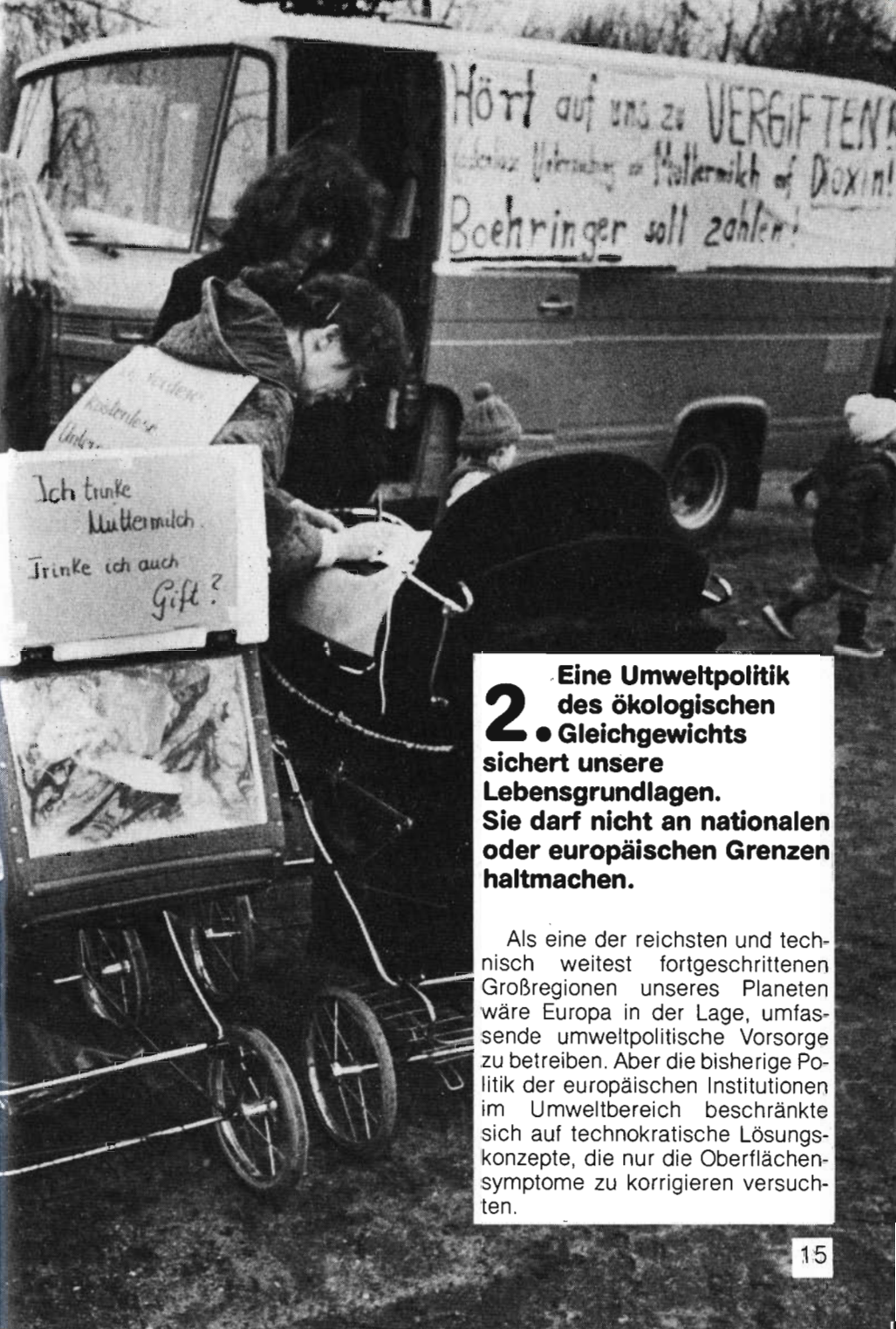
Umwelt braucht Frieden. Deshalb fordern wir das Europaparlament auf, die Genfer Konvention von 1977 durchzusetzen, die verlangt, daß Umweltwaffen völkerrechtlich verboten und politisch geächtet werden. Nicht nur chemische und bakteriologische, auch Atomwaffen sind Umweltwaffen.

DIE GRÜNEN in der Bundesrepublik und ihre Schwesterorganisationen halten den Zeitpunkt für gekommen, militärische durch *zivile* Konzepte der Verteidigung (soziale Verteidigung) abzulösen. Hier könnte gerade das Europaparlament in enger Zusammenarbeit mit der ausserparlamentarischen Friedensbewegung neue Impulse geben.

DIE GRÜNEN sind aktiver Teil der europäischen Friedensbewegung. Die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa wird von der Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik und den anderen Stationierungsländern abgelehnt. DIE GRÜNEN werden im Wahlkampf und im Europa-Parlament alles tun, um dieser Mehrheit Gehör zu verschaffen und ihren Willen durchzusetzen.



Ich möchte
nicht mit GIFT
gefüttert werden!
Weg mit dem Dioxin und
anderen Giften! aus der Muttermilch!



2 Eine Umweltpolitik
des ökologischen
Gleichgewichts
sichert unsere
Lebensgrundlagen.
Sie darf nicht an nationalen
oder europäischen Grenzen
haltmachen.

Als eine der reichsten und technisch weitest fortgeschrittenen Großregionen unseres Planeten wäre Europa in der Lage, umfassende umweltpolitische Vorsorge zu betreiben. Aber die bisherige Politik der europäischen Institutionen im Umweltbereich beschränkte sich auf technokratische Lösungskonzepte, die nur die Oberflächen-symptome zu korrigieren versuchten.

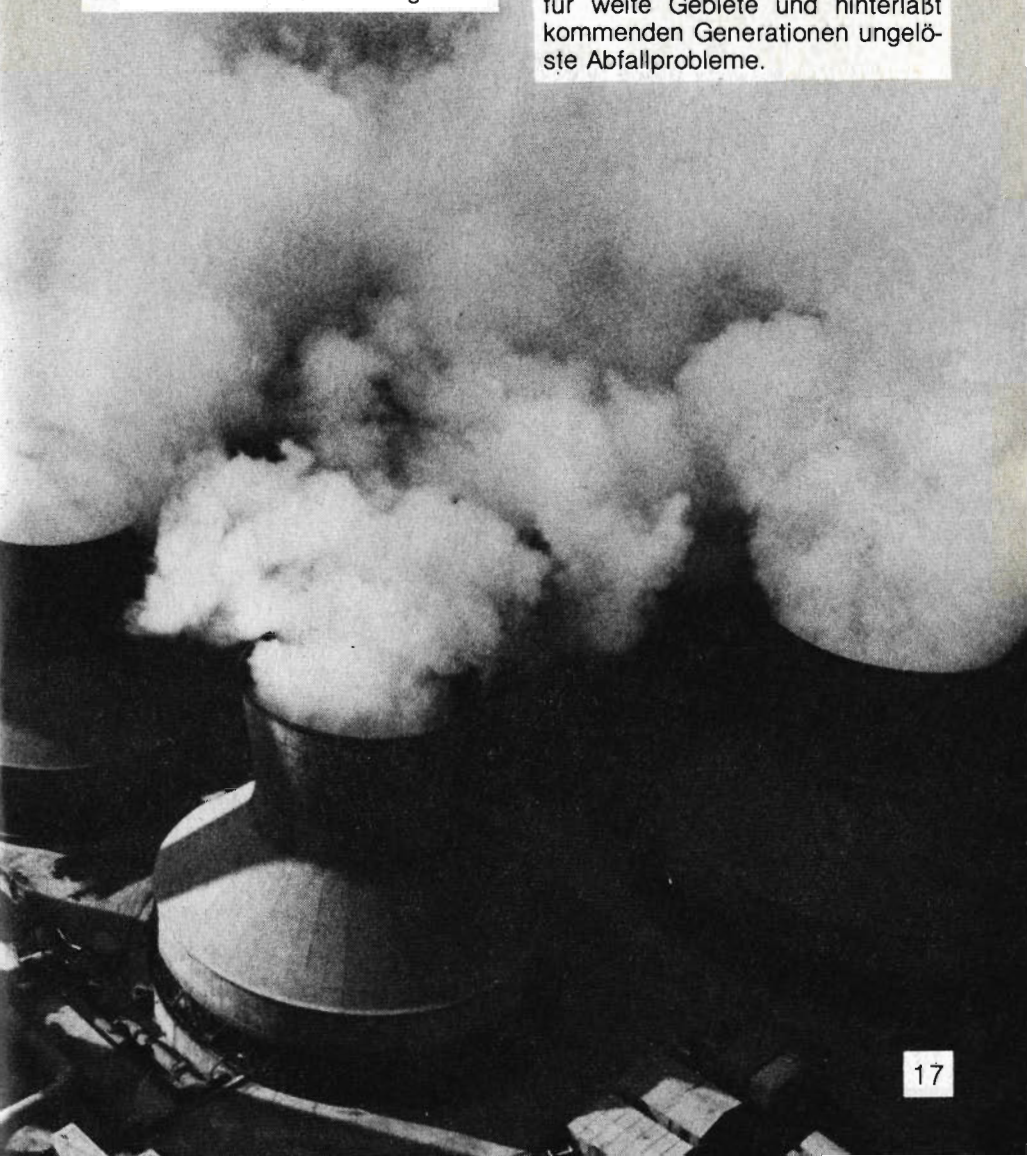
Die bisherige Energiepolitik der EG ist auf zentrale Energieerzeugung ausgerichtet. DIE GRÜNEN fordern verstärkte Energiesparmaßnahmen und die Förderung dezentraler Energieerzeugung aus Wind, Sonne und Biomasse.



Die gesellschaftspolitischen Ursachen für die an keiner nationalen und europäischen Grenze haltmachenden Umweltschäden (saurer Regen, Schadstoffbelastung des Bodens, Verseuchung der Flüsse und Meere, Luftverschmutzung, radioaktive Strahlung) und zunehmende Gesundheitsschäden (z. B. Pseudo-Krupp) sind von diesen Institutionen nicht offen dargestellt

und schon gar nicht durch weit-sichtige politische Aktionen beseitigt worden.

Die bisherige Energiepolitik in Europa, die auf zentrale Energieerzeugung ausgerichtet ist und den Ausbau der Atomenergie fördert, dient nicht den Bedürfnissen der Regionen. Sie führt zu Umweltschäden, einem Sicherheitsrisiko für weite Gebiete und hinterläßt kommenden Generationen ungelöste Abfallprobleme.



Wir fordern deshalb:

- eine demokratische und sozialverantwortliche Forschung und wirtschaftliche Entwicklung, die in besonderem Maße auf die Wiederherstellung und Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts verpflichtet ist;
- Auflösung der europäischen Atombehörden;
- den sofortigen Baustopp für alle Atomanlagen und die Stilllegung der vorhandenen Anlagen;
- strenge Umweltschutz-Vorschriften für den Betrieb von bestehenden Kraftwerken;
- verstärkte Energiesparmaßnahmen und Förderung dezentraler Energieerzeugung aus Wind, Sonne und Biomasse;
- den schonenden Umgang mit immer knapperen Ressourcen, um den kommenden Generationen eine menschenwürdige Zukunft zu ermöglichen;
- eine grundsätzliche Umorientierung in der Verkehrspolitik: Bevorzugung des ökologisch verträglichen Verkehrsmittels Bahn auf Kosten des Straßen- und Luftverkehrs sowie des Wasserstraßenausbaus;
- grenzüberschreitende Einspruchsmöglichkeiten bei der Planung und Genehmigung von Verkehrs- und Industrieprojekten;
- eine primär vorbeugende Gesundheitspolitik, die die Ursachen von Krankheiten erforscht;
- eine Umweltverträglichkeitsprüfung bei Herstellung, Vertrieb, Import und Export von Stoffen und Technologien, deren Ungefährlichkeit bestritten wird.





DIE GRÜNEN lehnen eine Umweltpolitik des kleinsten gemeinsamen Nenners und des „wirtschaftlich Vertretbaren“ ab.

Die Basis- und Bürgerinitiativbewegungen in den einzelnen europäischen Staaten haben je nach ihrer Stärke unterschiedliche Maßnahmen zum Schutz der Umwelt durchgesetzt. Es gilt, die jeweils weitestgehenden Regelungen zum Maßstab für den weiteren gemeinsamen Kampf um die Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen in Europa zu machen.

DIE GRÜNEN werden im Europa-Parlament ein Sofort-Aktionsprogramm zur Rettung der europäischen Wälder vorlegen. Zusammen mit unseren Partnerparteien werden wir in dieser Lebensfrage die europäische Öffentlichkeit mobilisieren.

DIE GRÜNEN lehnen eine Umweltpolitik des kleinsten gemeinsamen Nenners und des „wirtschaftlich Vertretbaren“ ab. Die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist kein Kostenfaktor unter vielen, sondern die Voraussetzung für jegliche menschliche und damit auch wirtschaftliche Aktivität.





3 Die Politik in der europäischen Gemeinschaft muß Ernst machen mit der Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Bis heute kann in keinem Land Europas von wirklicher Gleichberechtigung, geschweige denn von der Befreiung der Frauen und Mädchen gesprochen werden. Bestimmend für die Situation der Frau ist nach wie vor eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die den Männern die Arbeit im Erwerbsbereich und den Frauen die Arbeit im Privatbereich, d. h. im Haushalt und in der Betreuung von Kindern, älteren Menschen und Kranken, und die Versorgung des Ehemannes zuweist.

Bereits Erziehung und Ausbildung legen Mädchen von Geburt an auf diese spätere Rolle fest. Die Arbeit der Frauen ist im Gegensatz zur Erwerbstätigkeit von der Gesellschaft nicht anerkannt.

Brutalster Ausdruck der Frauenunterdrückung in unserer Gesellschaft ist die Gewalt gegen Frauen. Unzählige Frauen und Mädchen werden gerade im angeblichen Schonraum der Familie von ihren Männern und Vätern körperlich und psychisch mißhandelt. In den seltensten Fällen können sie sich dagegen wehren, da sie ökonomisch, sozial und rechtlich abhängig sind.

Wir GRÜNEN wollen eine Welt, in der jede Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen aufgehoben ist.

Ausländische Frauen und Mädchen werden in besonders hohem Maße in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt, da sie sowohl als Frau wie auch als Ausländerin diskriminiert werden.

Frauen sind noch weit mehr als Männer von Erwerbslosigkeit betroffen. Mit den neuen Technologien, die überall in Europa eingeführt werden, werden vor allem Frauenarbeitsplätze wegrationalisiert und Frauenberufe zu stupiden und schlecht bezahlten Tätigkeiten am Terminal degradiert.

DIE GRÜNEN fordern verbesserte, gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten für Frauen im Erwerbsbereich, um die finanzielle und soziale Unabhängigkeit vom Mann zu erreichen. Zugleich streben DIE GRÜNEN eine grundsätzliche Umstrukturierung des Erwerbslebens an, die Arbeit wirklich selbstbestimmt und human werden läßt.

Unser Ziel ist die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Frauen wie Männer sollen die Möglichkeit haben, ohne Benachteiligung Hausarbeit und Kinderbetreuung zu übernehmen und diese Arbeiten mit Erwerbstätigkeit zu vereinbaren.

Wir GRÜNEN wollen eine Welt, in der jede Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen aufgehoben ist.





Daher fordern wir:

- Recht auf Selbstbestimmung über die eigene Lebensgestaltung. Ersatzlose Streichung aller juristischen Sanktionen gegen Frauen und Ärzte/Ärztinnen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen. Für die Bundesrepublik heißt das: Ersatzlose Streichung des §218 des Strafgesetzbuches.
- Radikale Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Die 35-Stunden-Woche ist als Einstieg hierfür notwendig.
- Finanzielle Absicherung der Kinderbetreuung.
- Öffnung aller Ausbildungswege für Mädchen und Frauen; Quotierung aller Ausbildungsplätze und Förderung aller Maßnahmen, die dazu geeignet sind, Frauen den Zugang zu qualifizierteren Stellen und Positionen entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung zu verschaffen!
- Einführung einer mindestens zweijährigen aufzuteilenden Elternfreistellung, renten- und sozialversichert, mit Arbeitsplatzgarantie!
- Eigenständige Altersversorgung für jede Frau; Anrechnung der Zeiten für Kindererziehung oder für Pflege alter und kranker Menschen auf die Rente!
- Keine Einführung von computerunterstützten Heimarbeitsplätzen!
- Abkoppelung der Aufenthaltsgenehmigungen für ausländische Frauen von denen ihrer Ehemänner!



4 • **Wirtschafts-,
Arbeits- und
Sozialpolitik in
Europa hat die Interessen
der Lohnabhängigen und
Verbraucher zu vertreten.**

Gegen Krisen, Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau haben die Vertreter des alten Parteienspektrums nichts zu bieten außer vergebliche Beschwörungen einer Rückkehr zum Wachstums-„Paradies“ der 60er Jahre. Aber die alten Rezepte sind unbrauchbar geworden.



Europa ist ein reicher Kontinent, dessen Bewohner es zunehmend schlechter geht, weil die am Profit orientierte Wirtschaft auf quantitatives Wachstum gerichtet ist, statt auf das Wohlergehen von Mensch und Natur. Die Folgen sind Plünderung der natürlichen Ressourcen, Zerstörung der Landschaft, Massenarbeitslosigkeit, verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen.

Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, fordern wir:

- Die Schaffung sinnvoller Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten durch ökologische Investitionen in den Bereichen Energie, Recycling, Gesundheit, Wohnen, Verkehr und Bildung.
- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wir fordern die Erhöhung und nicht-diskriminierende Vergabe von Mindesteinkommen (Rente, Sozialhilfe etc.) auf ein menschenwürdiges Niveau.

DIE GRÜNEN treten ein für das uneingeschränkte Streikrecht und für ein Verbot der Aussperrung.

- Grund und Boden, Naturschätze, Produktionsmittel und Banken müssen in neue gesellschaftliche Formen des Eigentums überführt werden. Wir fordern die Demokratisierung und Selbstverwaltung der Wirtschaft. Die bekannten Formen der Verstaatlichung lehnen wir ab, da sie keine basisdemokratische Kontrolle ermöglichen. Modelle und Alternativen freier, nicht-staatlicher, sondern selbstverwalteter Verfügungsrechte können nur von den Betroffenen selbst entwickelt werden.
- Eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen und die Ausdehnung des Jahresurlaubs auf mindestens sechs Wochen. Die Überstunden müssen allgemein begrenzt werden. Teilzeit- und Heimarbeitsplätze, die nicht sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert sind, müssen verboten werden.
- Eine Änderung der Subventionsvergabe hin zur Sicherung und Schaffung ökologisch sinnvoller und nicht-entfremdeter Arbeitsplätze.
- Unterstützung und Aufbau dezentraler, wirtschaftlich lebensfähiger regionaler Einheiten unter besonderer Berücksichtigung der europäischen Randgebiete.
- Unterstützung der Selbstorganisation Arbeitsloser.





- Berücksichtigung sozialer, ökologischer und arbeitsmarktspezifischer Auswirkungen bei der Einführung neuer Technologien. Wissenschaft und Technik müssen der Erleichterung der Arbeit dienen und den Arbeitenden die Planung und die Kontrolle ihrer Arbeitsprozesse ermöglichen.
- Abschaffung der widersinnigen Bruttosozialprodukt-Wachstumsberechnungen durch Einführung einer ökologischen und sozialen Kosten/Nutzen-Rechnung. Dadurch kann die Ablösung der Wegwerf- durch eine Kreislaufwirtschaft beschleunigt werden.

In diesem Sinne unterstützen DIE GRÜNEN die Kämpfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in den westeuropäischen Ländern. Unsere Solidarität gilt den Belegschaften, Regionen und Branchen, deren Arbeitsplätze vernichtet werden, ohne daß gleichwertige neue Arbeitsplätze geschaffen werden (z. B. Betriebsbesetzer, Küstenregion, Stahlindustrie).

DIE GRÜNEN treten ein für das uneingeschränkte Streikrecht und für ein Verbot der Aussperrung.

Systembedingte Wirtschaftsprobleme können weder national noch auf der europäischen Ebene allein bewältigt werden. Deshalb schlagen DIE GRÜNEN für die europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik einen Weg vor, der eine gleichwertige Beziehung zu den Völkern der Dritten Welt ermöglicht.

5. Wir brauchen eine Landwirtschaft, vor der die Natur nicht geschützt werden muß.

Die Bauern und Bäuerinnen Europas haben keinen Grund, über die Existenz der Europäischen Gemeinschaft zu jubeln. Entgegen den landläufigen Meinungen sind die europäischen Bauern nicht die Gewinner des gemeinsamen Marktes, sondern gehören zu den Verlierern — jedenfalls in ihrer großen Mehrheit, wie Millionen von Arbeitern auch.

Die Europäische Gemeinschaft, die im Kern weder eine politische noch eine friedliche Vereinigung der Menschen Europas war, ist nichts anderes als ein wirtschaftlicher Zweckverband.

Die Industrie, insbesondere die deutsche Exportindustrie, hat mit Hilfe der EG erreicht, daß ihr die Märkte Europas geöffnet wurden. Seit dem Jahreswechsel 1984 bilden die 10 Mitgliedsstaaten der EG zusammen mit der Freihandelszone EFTA mit 470 Millionen Verbrauchern den größten Freihandelsraum der Welt.

Die Exporte der deutschen Industrie in Länder der EG stiegen von 10 Milliarden DM zu Beginn der EG auf über 200 Milliarden DM an. Das sind mehr als 50 % des gesamten deutschen Exports, und die Aussichten auf weitere Steigerungen sind günstig.

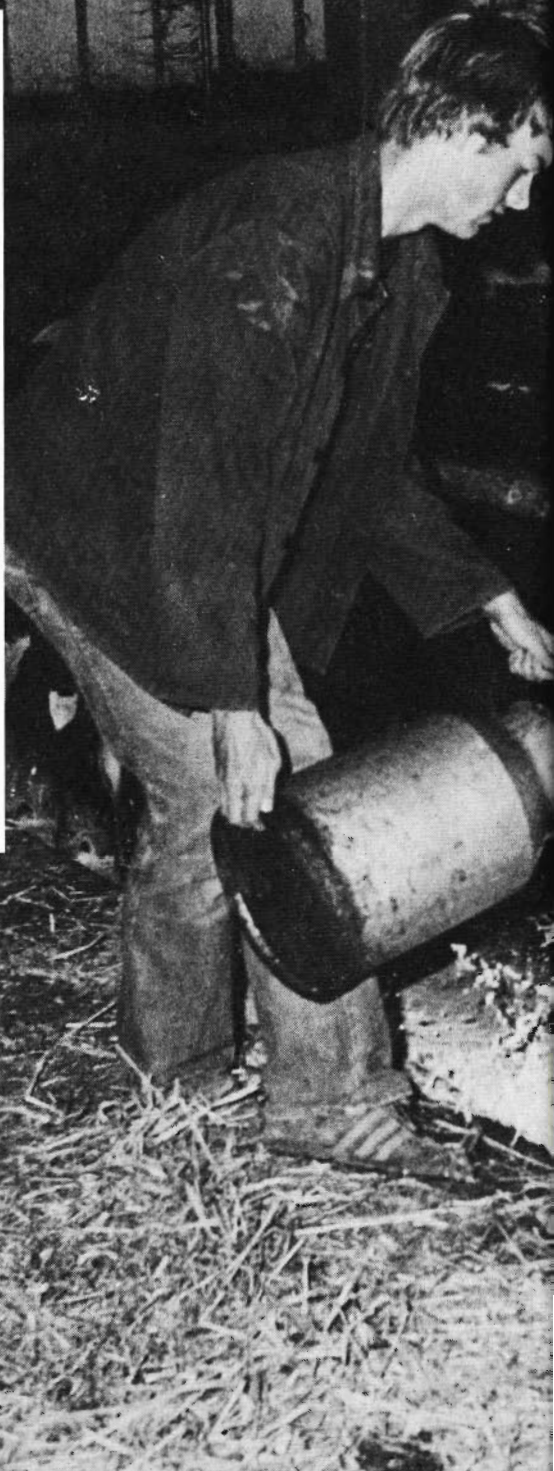




Die Bauern in Europa gehören zu den Verlierern des gemeinsamen Marktes.

Was aber brachte der EG-Agrarmarkt den europäischen Bauern? Gebracht hat er von Anfang an eine Politik des *Preisdrucks* gegen die klein- und mittelbäuerliche Erzeugung. Dies war das Konzept der EG-Agrarpolitik und ist von Mansholt schon 1958 in klassischer Weise so formuliert worden: die sogenannten Richtpreise sollten immer deflatorisch gehalten werden, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, die Nahrungsmittelpreise niedrig zu halten und um das Ausscheiden von Bauern und damit die Bereitstellung von Arbeitskräften für die Industrie zu sichern.

Jahr für Jahr sanken die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse um real 1-2%. Bei sinkenden Preisen mußten und sollten die Bauern rationeller und kapitalintensiver produzieren. Daß so zu produzieren nicht allen gelingen konnte, war selbstverständlich klar und auch so beabsichtigt.



**Jede 2. Minute muß in Europa
ein Bauernhof dichtmachen —
dank der EG-Agrarpolitik**

Gezielt wurde ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe ins Wachstum gebracht, vor allem mit dem einzelbetrieblichen Förderungsprogramm, mit dem Ergebnis, daß diese einen höheren Produktivitätsstand und eine kostengünstigere Produktion erreichten. Kleinere Betriebe, die einen geringeren Rationalisierungsstand haben und keine staatliche Hilfe bekommen, können bei diesen landwirtschaftlichen Preisen und steigenden Kosten kaum oder kein Einkommen erwirtschaften.

Diese Agrarpolitik der EG hatte ein „Bauernlegen“ in bisher nicht gekanntem Ausmaß zur Folge. 1957 waren noch 25% der Erwerbstätigen in den EG-Staaten in der Landwirtschaft tätig, 1980 sind es nur noch 7%. Von den noch verbleibenden 5 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben mit 8 Mio. Erwerbstätigen muß jede 2. Minute ein landwirtschaftlicher Betrieb ausscheiden, das sind mehr als 250.000 Höfe im Jahr.

DIE GRÜNEN fordern ein Verbot von Massentierhaltungen in allen EG-Ländern.



Ziele grüner Agrarpolitik

Die EG-Agrarpolitik muß grundsätzlich geändert werden. Sie muß zum Ziel haben:

1. Die Sicherung der Arbeitsplätze in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben.

2. Die Förderung einer kleinbäuerlich strukturierten Landwirtschaft, vor der die Natur nicht geschützt werden muß (ökologischer Landbau). Sie ist die Voraussetzung für:

- eine ökologisch intakte Landschaft;
- einen funktionsfähigen ländlichen Raum;
- die Sicherung der Arbeitsplätze;
- die Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel;
- eine Begrenzung auf die natürlichen Kreisläufe und Ressourcen;

- den Wiederaufbau traditioneller dörflicher Strukturen im Handwerk und in der Lebensmittelverarbeitung;
- die Erhaltung einer vielfältigen Produktionspalette (Förderung der Direktvermarktung) in allen Regionen.

3. Die ausreichende Entlohnung und Anerkennung aller bäuerlichen Arbeit muß Grundlage dieser neuen Agrarpolitik sein, d.h. Staffelung landwirtschaftlicher Erzeugnisse gemäß des Anteils der eingeflossenen Arbeit und eine gerechte Staffelung der Soziallasten nach dem erwirtschafteten Einkommen.



4. Eine zentrale Erfassung der Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion wird den regionalen Eigenarten landwirtschaftlicher Arbeit und Produktion nicht gerecht. Wir fordern die Festsetzung der agrarpolitischen Maßnahmen durch die einzelnen Länder und Regionen selbst.

5. Der Handel mit anderen Staaten und besonders mit der Dritten Welt muß gleichberechtigt erfolgen und nicht auf der Grundlage gleicher Preise, da dies nur den Produktivitätsfortschritt der hochindustrialisierten Länder begünstigt. Wir wollen keine landwirtschaftlichen Monokulturen in der Dritten Welt, die zu Hunger und Abhängigkeit führen und bei uns nur der übermäßigen Fleischveredelung dient.

6. Das Verbot von Massentierhaltungen in allen europäischen Ländern: stattdessen artgemäße Tierhaltung.

7. Eine Regionalisierung der Agrarpolitik widerspricht nicht dem Gedanken der politischen Verständigung in Europa. Das Gegenteil ist der Fall: die bisherige Agrarpolitik förderte nur die Konzentration der Produktion und die sog. „rationelle Spezialisierung“ der Region. Eine Beachtung der regionalen, natürlichen und kulturellen Besonderheiten wird viel mehr (anstelle der heutigen Konkurrenz) die Zusammenarbeit der europäischen Länder und der Bäuerinnen und Bauern in Europa fördern.

6

**Entwicklungspolitik
heißt ehrliche
Partnerschaft mit
den Völkern der Dritten Welt
und die Unterstützung ihrer
verzweifelten Bemühungen,
um einen gerechten Anteil
an Reichtum und
Entwicklungschancen der
Welt.**

Das Verhältnis Europas zur Dritten Welt ist auch Jahrzehnte nach der Auflösung der meisten Kolonialreiche noch immer weitgehend von einseitiger Abhängigkeit gekennzeichnet. Die Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika sind ökonomisch, politisch und militärisch den herrschenden Interessen der EG-Länder unterworfen.

Die europäische Entwicklungspolitik (vor allem das AKP-Abkommen) hat durch Assoziationen der ehemaligen Kolonialgebiete eine Festschreibung der ungleichen internationalen Arbeitsteilung, nicht aber eine Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerungsmehrheiten bewirkt.



Nicar

in Ge



DIE GRÜNEN fordern deshalb

- eine politische und finanzielle Unterstützung der Selbsthilfegruppen, Basis- und Befreiungsbewegungen, die für Unabhängigkeit sowie für ökonomische und politische Partizipation der Bevölkerung eintreten.
- eine Neugestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und der Dritten Welt, die nicht nur den Ländern der Dritten Welt höhere Erlöse gestattet, sondern auch einen Abbau der internationalen Abhängigkeiten und eine stärkere Selbstversorgung (vor allem mit Grundnahrungsmitteln) beinhaltet.
- eine verstärkte Zusammenarbeit der Solidaritätsbewegungen/Dritte Welt-Bewegungen in Europa, weil eine alternative Entwicklungspolitik nur durch politischen Druck von unten möglich sein wird.

7. Die uneingeschränkte Ausübung demokratischer Grundrechte ist die Voraussetzung für eine ökologische und emanzipatorische Gesellschaft.

Nur so können demokratisch kontrollierbare, bürgernahe Selbstverwaltungen auf allen Ebenen durchgesetzt werden.

Darum fordern wir:

- Uneingeschränkte Meinungsfreiheit
- Abschaffung von Gesetzen, die sich gegen Gesinnungen richten,
- Abschaffung der neuen Anti-Terrorismusgesetze
- Wiederherstellung demokratischer Rechte im Strafverfahren
- Einführung eines Grundrechts auf Informationsfreiheit
- Keine Auslieferung politisch Verfolgter





In einer Lage, in der die ideologische Legitimation bürgerlicher Politik brüchig wird, die Gefahr von neuem Rassismus und autoritärem Staat, von neonazistischen Terrortrupps und „kalter“ Überwachungsautomatik droht, reichen einzelne Forderungen nicht aus, dieser Bedrohung zu begegnen.

Wir wenden uns gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, gegen Konkurrenz- und Elitedenken. Dagegen müssen wir eine Perspektive entwickeln, die Passivität, Leiden und Frustration angesichts der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse überwindet.

Das heißt für uns: Förderung von antifaschistischer und antirassistischer Initiative.

Gerade weil der Hitler-Faschismus von deutschem Boden aus Europa und die Welt mit seinen Verbrechen überzogen hat, spüren DIE GRÜNEN eine besondere Verpflichtung, auch auf europäischer Ebene dazu beizutragen, daß sich diese Verbrechen nie mehr wiederholen können.

8 Die Alternative zur EG der Bürokraten, • Bomben und Butterberge ist ein friedliches Europa der Regionen.

Der Weg dorthin kann nicht über kleinliche Rivalitäten von Nationalstaaten und auch nicht über die Zentralisierung von Entscheidungen in wasserkopfartigen europäischen Bürokratien liegen. Wir wollen ein „Europa der Regionen“, der historisch gewachsenen, selbstbestimmten, aber untereinander vernetzten Einheiten.





DIE GRÜNEN treten deshalb gemeinsam ein für

- die Dezentralisierung der politisch-wirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen und die Entflechtung der bestehenden europäischen Institutionen;
- Anerkennung und Förderung der kulturellen Vielfalt der Nationalitäten und historisch gewachsenen Regionen in Europa.

Nur mit einer solchen radikalen Veränderung der ordnungspolitischen Strukturen in Europa sehen wir eine Chance, daß Europa eine solidarische und friedensstiftende Aufgabe in der Weltvölkergemeinschaft übernehmen kann.

Dazu gehört auch eine grundlegende Neuordnung der zwischenmenschlichen Beziehungen, d.h. wir wollen unsere pragmatische Politik verbinden mit der Vision einer neuen Kultur und Lebensweise, in der das jetzige kapitalistische Konkurrenzprinzip zugunsten einer herrschaftsfreien Lebens- und Produktionsweise aufgegeben wird.

Eine solche ökologische Wende kann nicht von oben verordnet werden. Wir können sie nur herbeiführen durch verantwortungsvolle Arbeit aller Menschen, beginnend auf lokaler und regionaler Ebene nach dem Motto: Global denken — vor Ort handeln! □

Zur Geschichte der GRÜNEN

DIE GRÜNEN wurden als „Sonstige Politische Vereinigung“ (SPV) am 16./17. 3. 1979 in Frankfurt/Sindlingen gegründet. Hieran waren ca. 500 Delegierte beteiligt, die von der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), der Grünen Liste Umweltschutz (GLU), der Grünen Aktion Zukunft (GAZ), der Grünen Liste Schleswig-Holstein (GLSH), der Aktion Dritter Weg (A3W) und der Freien Internationalen Universität (FIU) entsandt wurden.

Bei der Europawahl im Juni 1979 erreichten DIE GRÜNEN 3,2% (ca. 900 000 Stimmen).

Nach der Europawahl versuchte die SPV DIE GRÜNEN sehr bald, das eigene Spektrum um die alternative und bunte Wahlbewegung zu erweitern. Es fanden Gespräche mit Listen auf Hamburg, Berlin und verschiedenen anderen Städten in Hessen und Nordrhein-Westfalen statt. Im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1979 wurde die von der SPV eingesetzte Programm- und Satzungskommission zur Vorbereitung der Gründung der Bundespartei DIE GRÜNEN um jeweils einige Personen aus dem bunt/alternativen Spektrum erweitert.

Die Gründung der Bundespartei DIE GRÜNEN fand am 12./13. Januar 1980 in Karlsruhe statt. Die Delegiertenzahl betrug 1004. Der Delegiertenschlüssel von 1:10 war auf einer Mitgliederversammlung der SPV DIE GRÜNEN im November 1979 in der Stadthalle in Offenbach beschlossen worden. Im Mittelpunkt der Gründungsversammlung stand die Verabschiedung der Satzung. Der Bundesvorstand der SPV DIE GRÜNEN blieb im Amt. Neuwahlen fanden nicht statt.

Die 2. Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN fand am 21. bis 23.

März 1980 in Saarbrücken statt. Auf dieser Versammlung wurde das Bundesprogramm der GRÜNEN verabschiedet. Ebenfalls wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt (fünf Personen).

Auf der 3. Bundesdelegiertenversammlung am 21./22. Juni 1980 in Dortmund wurde die Beteiligung an der Bundestagswahl beschlossen und eine Wahlplattform verabschiedet. DIE GRÜNEN erreichten bei der Bundestagswahl 1,5% — ein im Hinblick auf die Schmidt/Strauß Konfrontation beachtenswertes Ergebnis. Die nachfolgenden Abgeordneten- und Kommunalwahlen in Berlin, Hessen und Niedersachsen machten deutlich, daß das Ergebnis der GRÜNEN bei der Bundestagswahl nicht als repräsentativ für die Bedeutung der Partei gesehen werden kann.

„Ökologie und Frieden“ war das Schwerpunktthema im Jahr 1981. Auf der Bundesdelegiertenversammlung Anfang 1982 in Offenbach wurde das Friedensmanifest verabschiedet. Die wachsende politische Bedeutung der GRÜNEN und auch die steigenden Wahlergebnisse setzten sich 1982 fort. Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, den Landtagswahlen in Niedersachsen, Hamburg und Hessen konnten DIE GRÜNEN erstaunliche Erfolge verbuchen.

Unter dem Motto „Sinnvoll arbeiten — solidarisch leben“ wurde auf der Bundesdelegiertenversammlung vom 12. bis 14. November 1982 in Hagen eine Erklärung zur Wirtschaftspolitik der GRÜNEN verabschiedet, die als Grundlage zur Stellungnahme der GRÜNEN gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau auf der Bundesdelegiertenversammlung in Sindelfingen am 15. und 16. Januar 1983 diente.

Im Jahr 1983 standen die Beteiligung der GRÜNEN an der vorgezogenen Neuwahl zum Bundestag und Aktionen gegen die NATO-„Nach“-Rüstung im Mittelpunkt unserer Arbeit. Bei den Wahlen am 6. März gaben über 2 Millionen Bürger den GRÜNEN ihre Stimme und sorgten dafür, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine ökologische, radikal-demokratische Opposition in den Bundestag gelangte.

Bei den Landtagswahlen in Bremen und Hessen (September 1983) und in Baden-Württemberg (März 1984) ge-

lang den GRÜNEN der Wiedereinzug in die Landesparlamente, z. T. mit unerwartet hohen Stimmengewinnen.

Die Mitgliedszahl der GRÜNEN stieg bis Ende 1983 auf 30.000 an.

Vier Jahre nach ihrer Gründung als Partei sind DIE GRÜNEN zu einem politischen Faktor geworden, der nicht mehr wegzudenken und gegen den mit ständigen Totsagungen nicht anzukommen ist. Viele Bürger unterstützen die GRÜNEN, weil sie erkennen, daß ökologisch klingende Worte der anderen Parteien nichts mit ihrer tatsächlichen Politik zu tun haben.

Die wichtigsten Wahlergebnisse der GRÜNEN 1979-1984

- **Europawahl 1979**
3,2 % (900.000 Stimmen)
- **Bürgerschaftswahlen in Bremen 1979**
Wahlergebnis: 5,1 % — 4 Mandate für die „Bremer Grüne Liste“ (BGL)
- **Landtagswahl 1980 in Baden-Württemberg**
Wahlergebnis: 5,3 % — 6 Mandate
- **Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im September 1979**
Nienberge (Grüne Liste Umweltschutz) 6,3 %, Ahaus (Unabhängige Wählergemeinschaft) 25,5 %, Bielefeld (Bunte Liste) 5,6 %, Datteln (DIE GRÜNEN) 10,0 %, Leverkusen (Alternative Liste) 5,0 %, Marl (DIE GRÜNEN) 8,9 %, Marsberg (DIE GRÜNEN) 12,7 %, Münster (Grüne Alternative Liste) 6,0 %, Waltrop (Grüne Liste) 5,4 %
- **Bundestagswahl 1980**
Wahlergebnis: 1,5 %
- **Kommunalwahlen in Hessen im März 1981**
Kreisfreie Städte: Frankfurt 6,4 %, Offenbach 5,9 %, Kassel 6,7 %
Kreise: Darmstadt-Dieburg 5,3 %, Groß-Gerau 14,2 %, Hochtaunuskreis 5,7 %, Main-Taunuskreis 5,6 %, Offenbach 6,2 %, Kassel 5,6 %
Kreisstädte: Bad Homburg 5,7 %, Gießen 6,8 %, Groß-Gerau 12,5 %, Homberg 6,1 %, Limburg 7,2 %, Marburg 5,9 %
- **Abgeordnetenhauswahlen in Berlin am 10. Mai 1981**
Wahlergebnis: 7,2 % — 9 Mandate
- **Kommunalwahlen in Niedersachsen 1981**
Kreise und kreisfreie Städte: Wilhelmshaven 12,7 %, Hannover (Grün Alternative Bürgerliste) 6,3 %, Braunschweig 6,4 %, Salzgitter 4,2 %, Wolfsburg 4,9 %, Delmenhorst 7,7 %, Emden 6,3 %, Oldenburg 7,0 %, Osnabrück 5,9 %
Landkreise: Osterholz 7,2 %, Böttingen 6,9 %, Harburg-Land 6,8 %, Lüneburg 6,7 %, Stade 5,7 %, Hannover-Land 5,7 %, Cuxhaven 5,2 %
- **Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im März 1982**
Nordfriesland 6,8 % (Grüne Liste Schleswig-Holstein — GLSH), Kiel 5,1 % (DIE GRÜNEN), Plön 5,5 % (Wählergemeinschaft GLSH/DIE GRÜNEN), Ostholstein 5,7 % (GLSH), Neumünster 7,8 % (Alternative Liste), Segeberg 5,0 % (DIE GRÜNEN), Steinburg 9,0 % (GLSH), Pinneberg 6,4 % (DIE GRÜNEN), Stormarn 6,4 % (DIE GRÜNEN), Lauenburg 6,3 % (Wählergemeinschaft GLSH/DIE GRÜNEN)
- **Landtagswahlen in Niedersachsen am 21. März 1982**
Wahlergebnis: 6,5 % — 11 Mandate
- **Bürgerschaftswahl in Hamburg am 6. Juni 1982**
Grüne Alternative Liste (GAL): 7,7 % — 9 Mandate
- **Landtagswahlen in Hessen am 26. September 1982**
Wahlergebnis: 8,0 % — 9 Mandate
- **Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 10. Oktober 1982**
Wahlergebnis: 6,8 % — 8 Mandate

- **Bundestagswahl am 6. März 1983**
Wahlergebnis: 5,6 % — 27 Mandate (+ 1 Berliner)
- **Landtagswahlen in Hessen am 25. September 1983**
Wahlergebnis: 5,9 % — 7 Mandate
- **Bürgerschaftswahlen in Bremen am 25. September 1983**
Wahlergebnis: 5,4 % — 5 Mandate
- **Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 25. März 1984**
Wahlergebnis: 8,0 % — 9 Mandate



DIE GRÜNEN

Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN:
Colmantstraße 36, 5300 Bonn 1,
Tel. (02 28) 69 20 21

Landesgeschäftsstellen und -verbände der GRÜNEN

DIE GRÜNEN Baden-Württemberg
Forststr. 93
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/610661

DIE GRÜNEN Bayern
Christophstr. 1
8000 München 22
Tel.: 089/227402

DIE GRÜNEN Berlin
c/o Helmut Weller
Pestalozzistr. 9a
1000 Berlin 12
Tel.: 030/2137492

Alternative Liste Berlin
Badensche Str. 29
1000 Berlin 31
Tel.: 030/8612914

DIE GRÜNEN Bremen
Am Dobben 92
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/701474

DIE GRÜNEN Hamburg
Bartelstraße 30
2000 Hamburg 6
Tel.: 040/4395416

DIE GRÜNEN Hessen
Schwanthaler Straße 59
6000 Frankfurt/M. 70
Tel.: 0611/626292

DIE GRÜNEN NRW
Volksgartenstraße 35
4000 Düsseldorf 1
Tel.: 0211/775097

DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz
Boppstr. 70
6500 Mainz
Tel.: 06131/678507

DIE GRÜNEN Saarland
Eisenbahnstr. 58
6600 Saarbrücken
Tel.: 0681/581613

DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein
Feldstraße 77/Hof
2300 Kiel 1
Tel.: 0431/83651

DIE GRÜNEN Niedersachsen
Voltastraße 35
3000 Hannover 1
Tel.: 0511/664350

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu der Partei DIE GRÜNEN

Name: Vorname:

Straße: Haus-Nr.: Tel.-Nr.:

PLZ: Wohnort:

Geb. am: in: Beruf:

Landesverband: Kreisverband:

Meinen Mitgliedsbeitrag in Höhe von DM monatlich zahle ich monatlich/
halbjährlich/jährlich.

Ort: Datum: Unterschrift: